

Adventsmarkt abgesagt

Trogen Der beliebte Trogener Adventsmarkt 2020 findet wegen der Coronapandemie nicht statt. Das gab der Veranstalter am Montag bekannt. Wie es in der Medienmitteilung heisst, sei dies wohl die schwierigste Entscheidung, die der Vereinsvorstand je treffen musste.

Was in früheren Jahren als besonders heilig und stimmungsvoll von den Besuchern und den Marktfahrern empfunden wurde, werde für den Trogener Adventsmarkt nun zum Stolperstein. Die engen Platzverhältnisse in den Gassen und den vielen Innenräumen der historischen Häuser, Beizen und der Kirche in Trogen, in denen das Markttreiben traditionellerweise stattfindet, verunmöglichen es laut den Veranstaltern, ein wirkungsvolles Schutzkonzept zu erstellen. Der Adventsmarkt funktioniert nach einem speziellen Konzept: Menschen mit Beeinträchtigung, welche in Institutionen wohnen und arbeiten, bieten ihre Werke am Markt zum Verkauf an. Zudem helfen sie beim Auf- und Abbau und der Durchführung des Marktes ihren Fähigkeiten und Begabungen entsprechend aktiv mit. «Die Absage hilft auch, diese Menschen zu schützen», schreiben die Veranstalter. Einen Lichtblick gibt es aber: Die Bilderausstellung in der Kirche findet trotz Corona statt. Künstlerinnen und Künstler mit Beeinträchtigung stellen in der Kirche wie immer am Adventsmarkt ihre Kunstwerke aus. Diese können von Kirchengängern und Besuchern gekauft werden. Die Ausstellung dauert bis Anfang Januar. Der 35. Adventsmarkt findet am 4. Dezember 2021 statt. (pd)

Nach Töffunfall Zeugen gesucht

Innerrhoden Am Sonntagabend um zirka 18 Uhr fuhr ein Motorradlenker auf der Gaiserstrasse von Meistersrüte her in Richtung Appenzell. In der Linkskurve bei der Aebissegg geriet er aus noch unbekanntem Grund in die rechtsseitige Leitplanke und stürzte. Dabei zog sich der Motorradlenker Beinverletzungen zu. Er begab sich selbstständig in Spitalpflege. Die Kantonspolizei Appenzell Innerrhoden sucht nun Zeugen, welche genauere Angaben zum Unfallhergang machen können. Jene werden gebeten, sich beim Polizeiposten unter folgender Telefonnummer zu melden: 0717889500. (kpai)

ANZEIGE



Der neue KIA XCeed
Bewegend. In jeder Hinsicht.

hirn Hirm Appenzell AG
9050 Appenzell-Meistersrüte
Telefon 071 787 36 36 · www.hirn.ch



An der Landsgemeinde 2006 sprachen sich die Glarner nach einem Einzelantrag für die Grossfusion aus.

Bild: Steffen Schmidt/KEY (Glarus, 7. Mai 2006)

So machten es die Glarner

In Glarus wurde die historische Grossfusion vom Volk initiiert. Auch St. Gallen setzt auf Bürgerengagement.

Yann Lengacher

«Radikal» nennt die Ausserrhoder Regierung ihre favorisierte Variante im Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden» in ihrem Bericht zum Vernehmlassungsentwurf. Die erste von drei vorgeschlagenen Möglichkeiten einer Gemeindefusion unterteilt Ausserrhoden in die Gemeinden Herisau, Hinter-, Mittel-, und Vorderland und macht aus 20 Gemeinden vier.

Das Vorhaben erinnert an die ebenso radikale Gemeindefusionsreform aus dem Kanton Glarus. Per 1. Januar 2011 wurden aus den 25 Gemeinden deren drei – Glarus Nord, Glarus und Glarus Süd.

In Glarus wollte das Volk die Grossfusion

Beschlossen hat das Glarner Volk die Fusion an der Landsgemeinde 2006 nach einem Einzelantrag von Kurt Reifler. Viele der kleinen Glarner Gemeinden befanden sich in finanziellen Schwierigkeiten. Die Glarner Regierung wollte damals zwar auch eine Fusion, doch schlug sie einen Kanton mit zehn Gemeinden vor. In Ausserrhoden kommt nun ein konkreter Vorschlag für eine Grossfusion direkt von der Regierung. Sie begründet ihr Vorgehen damit, dass die Diskussion um Gemeindefusionen schon lange schwelt, Veränderungen aber ausgeblieben seien. In ihrem Bericht nennt sie auch mögliche

Gegenpunkte zu ihrer bevorzugten Variante für eine Gemeindefusion: Die Vorgabe von «oben herab» führe unter anderem zu ungewünschter Zwangszusammenarbeit. Ausserdem wird darauf verwiesen, dass die Initiative im Kanton Glarus aus der Bevölkerung kam. Allerdings haben auch bei der Fusion

Gemeindefusionen Strukturreform in Ausserrhoden

«von unten herauf» in Glarus nicht alle freiwillig mitgearbeitet. Das weiss Martin Laupper. Er war zwischen 2010 und 2018 der erste Gemeindepräsident von Glarus Nord und gestaltete den Fusionsprozess mit. «Es gab einzelne Personen in den bestehenden Gemeindeorganisationen, die nicht an der Fusion mitarbeiten wollten, auch weil ihre Funktion davon betroffen war.»

Für Martin Laupper war ein zugrunde liegender Volksentscheid für den Fusionsprozess deswegen eminent. «Alle Bürgerinnen und Bürger wussten, dass die Gemeindefusion ein demokratisch abgestützter Entscheid war. Es war somit für alle klar, dass die Gemeindefusion vollzogen werden muss – auch für jene, die die Fusion nicht wollten», sagt Laupper. Da die angestrebte Strukturreform in Ausserrhoden einer Verfassungsänderung bedarf, würde am Ende auch hierzulande ein Volksentscheid die Grundlage für einen Fusionsprozess bilden.

Trotz Volksentscheid ist das Fusionsprojekt in Glarus immer wieder torpediert worden – Emotionen spielten dabei eine

wichtige Rolle: «Das Schwierigste an der Fusion waren nicht die harten Fakten, wie Organisation oder Abläufe umzusetzen, sondern die weichen. Das Herz, die Identität für die neue Gemeinde wieder zu finden», sagt Laupper. Anders formuliert: Einer Bürgerin von Niederurnen oder Näfels musste man erklären, dass sie nun Bürgerin von Glarus Nord ist. Die Frage nach einem Tipp für eine Ausserrhoder Gemeindefusion beantwortet Laupper vielleicht deswegen wie folgt: «Der Bürger muss im Zentrum stehen. Am Ende muss man den Bürger gewinnen und seinen Bedürfnissen gerecht werden, egal wie

«Das Schwierigste an der Fusion waren nicht die harten Fakten, sondern die weichen.»



Martin Laupper
Ehemaliger Gemeindepräsident Glarus Nord

die Dinge angepackt werden.» In St. Gallen sollen die Bürger aus den Gemeinden die Fusionen initiieren – dafür schafft der Kanton Anreize. Fusionsprojekten, die zu einer leistungsfähigeren, wirtschaftlicheren und wirksameren Gemeinde führen, winken verschiedene Arten von Beiträgen. Das sogenannte Gemeindefusionsgesetz reglementiert diese und bestimmt auch das Verfahren bei Gemeindefusionen. Die St. Galler Verfassungsrevision im Jahr 2001 schaffte die Grundlage für das Gesetz. 2007 wurde es eingeführt.

Die dritte Variante im Gegenvorschlag der Ausserrhoder Regierung könnte die Basis für ein ähnliches Gesetz sein. Sie sieht anders als die Varianten eins und zwei, die die Anzahl Gemeinden im Kanton auf vier bis 16 festlegen würde, keine Gemeindefusionen vor. Der Kanton hätte mit Inkrafttreten dieses Verfassungstextes aber die Möglichkeit, Gemeinden finanziell zu fördern, die sich zusammenschliessen wollen. Der dritte Vorschlag entspricht so weitestgehend den Forderungen der Volksinitiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden».

Die Zahl der politischen Gemeinden im Kanton St. Gallen ist in den letzten 13 Jahren von 88 auf heute 77 gesunken. Aktuell ist in St. Gallen das vorläufig letzte von vielen Fusionsprojekten im Gange. Die Gemeinden Hemberg, Neckertal und Oberhelfenschwil wollen bis 2023 eines sein.

Unabhängig davon, wer die Gemeindefusion initiiert: Eine

Gemeindefusion muss Mehrwert schaffen. Laupper findet, das sei im Glarnerland gelungen. «Die operativen Abläufe sind viel professioneller geworden», sagt er. Zudem sei Glarus Nord nicht nur zu einer finanziell soliden, sondern auch wirtschaftlich attraktiveren Gemeinde herangewachsen.

Beispielsweise habe man langjährig hingezogene Umfahrungsprojekte erfolgreich umsetzen können. Die Investitionsfreudigkeit ist zudem gestiegen: «Alleine in den ersten zwei Jahren nach der Fusion haben Private Bauvorhaben im Wert von ungefähr 1,5 Milliarden Franken angestrebt», sagt Laupper.

Distanz nimmt zu, Verbandelung ab

Doch gibt es auch Nachteile? Wie steht es um die Beteiligung der Stimmbürger an Gemeindeversammlungen? Auf rund 10 000 Stimmberechtigte nähmen – je nach Thema – zwischen einigen hundert und etwas über tausend Stimmbürgern teil, sagt Laupper. Er führt aus: «Das scheint zwar wenig zu sein, doch im Verhältnis ist die Stimmbeteiligung in den kleineren Gemeinden vor der Fusion etwa gleich hoch gewesen. Das ist vor allem ein gesellschaftliches Problem, das angegangen werden muss.»

Und Laupper sagt auch: «Die Verwaltung arbeitet mit regional rekrutierten Mitarbeitenden. Die Leute sind nicht mehr ausschliesslich aus dem eigenen Dorf. So gibt es aber auch weniger Verbandelungen.»